



Pressemitteilung

Mit der Bitte um Veröffentlichung

Eine weltoffene Stadt sichert die Schulbildung ihrer „Neubürger“

**Gewerkschaft
Erziehung und Wissenschaft**
Stadtverband Bremerhaven
Hinrich-Schmalfeldt-Str 31 b
27576 Bremerhaven

Tel.: 0471 - 94 135 40
Fax: 0471 - 94 135 42
Internet: www.gew-hb.de
e-Mail: bremerhaven@gew-hb.de
C:\Bremerhaven\Presseerklärungen
Stadtverband\2015\2015-02-16_Eine weltoffene
Stadt sichert die Schulbildung.doc

Ansprechperson: Bernd Winkelmann
Tel: 0162-97 31 230

Datum: 16. Februar 2015

Heute findet in Bremerhaven eine Kundgebung für eine demokratische Gesellschaft statt. Eine Stadt mit der Geschichte Bremerhavens würde ihr Selbstverständnis untergraben, wenn nicht „Weltoffenheit“ und „Toleranz“ in ihr herrschen sollen.

Auf die Menschen zuzugehen, die eine neue Lebensgrundlage suchen, ist selbstverständlich. Ihnen offen und solidarisch zu begegnen, ebenso.

Neben der Sicherung der grundlegenden Bedürfnisse, wie Wohnung, Verpflegung und medizinische Versorgung müssen diese Menschen Zugang zu Bildung erhalten; auch das ist ein Akt der Solidarität. Diese wird mit darüber entscheiden ob ein Miteinander aller in der Stadt gelingt. Und auch darüber, ob die neuen Bürger in Bremerhaven für sich eine Zukunft entwickeln können.

Derzeit zeigen sich an mehreren Stellen Situationen, die nicht zufriedenstellend sind: Es bestehen sowohl Wartezeiten bei der Gesundheitsuntersuchung als auch der Aufnahme in die Schule. Das liegt nicht an den Mitarbeiter*innen: Im Gesundheitsamt sind Stellen nicht besetzt, die Vorbereitungsklassen sind „voll“, es gibt – auch hier – zu wenig Lehrkräfte, die eine Spezialqualifikation („DAZ“) aufweisen, und es zeichnet sich ein Fehlen notwendiger Raumkapazitäten ab.

Weitere Kinder und Jugendliche werden in den nächsten Wochen und Monaten zu uns kommen. Die blanke Not treibt sie u. a. in die „sichere“ Seestadt. Die Parlamente in Stadt und Land sind gefordert! Damit die Schulen dies alles meistern können, bedarf es

- besonders ausgebildeten Personals in den Vorklassen und Sprachkursen;
- einer weitergehenden Unterstützung in den Regelklassen durch 1,5-fach Zählung von Sprachanfängern (wie bis 1993) und einer zusätzlichen Lehrkraft pro Jahrgang;
- des längst angekündigten Integrationskonzepts für die Schüler*innen in der Sekundarstufe I, das vor mehr als einem Jahr im Ausschuss für Schule und Kultur zugesagt wurde und bislang nicht vorliegt.

Natürlich wird das alles „Geld“ kosten. Natürlich hätte man schon lange handeln müssen. Natürlich haben wir zu wenige DAZ-Lehrkräfte. Aber sind das Argumente, weiterhin die Situation nur zu beklagen und in den parteipolitischen (Vor-) Wahlkampf einzuspeisen? Und auf das Verantwortungsbewusstsein und das Arbeitsethos der Mitarbeiter*innen in den Schulen zu vertrauen?

Für die Menschen, die zu uns kommen, gelten die Menschenrechte. Das Recht auf Bildung gehört dazu. Es geht um die Möglichkeit sich entwickeln und mit gestalten zu können, nicht um die wirtschaftliche Verwertbarkeit in einem Aufnahmeland.

Die politischen Entscheidungsträger sind gefordert – sofort.